

Brief aus Berlin

30.04.2023



Liebe Leserinnen und Leser,

wieder ist ein Monat vergangen und der Frühling lässt immer noch auf sich warten. Der Volksmund sagt: der April macht was er will, und dieses Motto hat sich scheinbar auch auf die Regierungsparteien ausgeweitet. Die eine oder andere Entscheidung diesen Monat hat nicht nur bei uns in der Fraktion, sondern auch in der Gesellschaft für Unbehagen gesorgt. Inmitten der Energiekrise wurden die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet und ein Gesetzentwurf für eine Gebäudeenergiegesetznovelle im Kabinett beschlossen. Das sind schlechte Nachrichten für viele, die sich durch die Krisen bereits jetzt schon finanziellen Herausforderungen stellen müssen.

Der April war aber natürlich mit den Ostertagen, die ich im Kreis der Familie in meiner Heimat verbringen konnte, auch ein festlicher Monat. Die Festlichkeiten gingen darüber hinaus auch mit der Ehrung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik weiter.

Ich bin gespannt, was die nächsten Wochen mit sich bringen.

Euer

Alois Rainer

Diese Woche:

Seite 2

Themen im Bundestag



Seite 3-4

Rainer trifft...



mehr unter:



www.alois-rainer.de

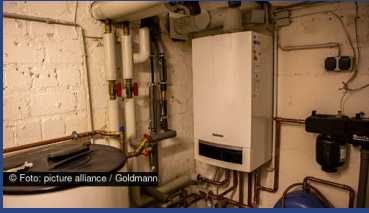


CSU
IM BUNDESTAG



Themen im Bundestag

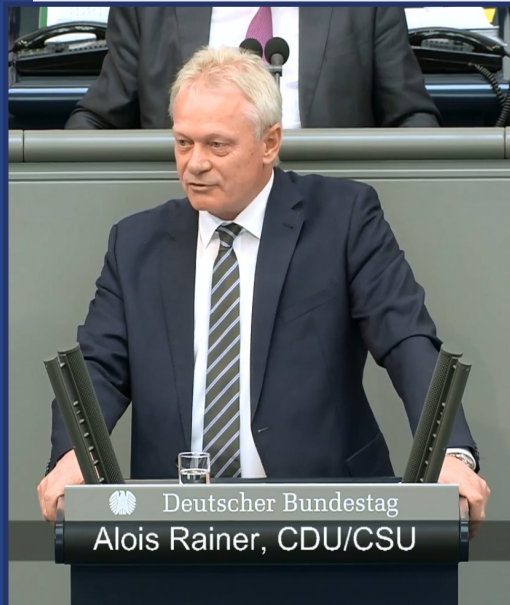
Geplantes Heizungsverbot ist völliger Unsinn und grenzt an Schikane



Ab 2024 möchten die Regierungsparteien, laut ihrem Gesetzentwurf für eine Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, den Einbau von neuen Öl- und Gasheizungen verbieten. Zudem muss schon nächstes Jahr zu 65% mit Erneuerbaren Energien geheizt werden, wozu Holzenergie nicht gezählt werden soll. Auf die Frage, wie die Menschen die teilweise weit über den Einbau einer Heizung hinausgehenden Kosten finanzieren sollen, gibt es keine verlässliche Antwort. Auch bei der Suche nach alternativen Technologien und der Bewältigung absurder Fristen lässt die Regierung die Bevölkerung allein. Wir wollen keine Zwangsumrüstung und ideologischen Verbotshammer. Wir fordern eine zielorientierte Wärmewende, die die Bürger mitnimmt und dabei bezahlbar, realistisch und technologieoffen ist. Im Parlament wurde der Gesetzentwurf noch nicht besprochen, das heißt: wir als CDU/CSU-Fraktion werden alles tun, damit dieses Gesetz in der aktuellen Form nicht umgesetzt wird.

Unsere Pläne für eine bessere Bahninfrastruktur

Die Liste an Problemen bei der Deutschen Bahn ist lang und weithin bekannt. Wie bereits in der Vergangenheit blockiert die SPD auch weiterhin eine wahre Reform der Bahn. Das Problem für die Miesere liegt aber in der Struktur des Konzerns. Deshalb schlagen wir vor, die Infrastruktur der Deutschen Bahn in ein eigenständiges Unternehmen in Staatsbesitz zu überführen und komplett von der Personensparte zu trennen. Diese Schieneninfrastruktur GmbH ist dann weisungsgebunden und soll nur für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des Netzes zuständig sein und sich aus dem Bundeshaushalt und Trassenendgeldern finanzieren. Bahnprojekte können damit transparent aus einem Guss geplant und finanziert werden. Im Personensektor würde sich die Stärkung des Wettbewerbs positiv auf Angebot und Service auswirken. Zudem wollen wir die Digitalisierung des Netzes und den Schienengüterverkehr fördern.



Wir wollen durch Bürokratieabbau die deutsche Wirtschaft stärken



Olaf Scholz muss sich den Fragen zum Thema Warburg Bank stellen



Um die Rolle von Kanzler Olaf Scholz zu untersuchen, planen wir als CDU/CSU-Fraktion einen Untersuchungsausschuss zur Steueraffäre um die Warburg Bank. Noch immer ist ungeklärt, warum Hamburg Ansprüche in Millionenhöhe verjähren lassen wollte, ob politischer Einfluss auf Behörden genommen wurde und was es mit den Erinnerungslücken des Kanzlers auf sich hat. Es ist sowohl im Interesse des Bundes als auch der Öffentlichkeit diesen Fragen weiterhin nachzugehen.

Der Erfüllungsaufwand für die deutsche Wirtschaft, der beschreibt, was Unternehmen aufwenden müssen, nur um rechtliche Vorschriften einzuhalten hat sich laut dem Normenkontrollrat 2021/2022 mit fast 17,4 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Das kostet Unternehmen viel Zeit, Geld, und Personal, welches in neuen Ideen und Projekten besser angelegt wäre. Deshalb fordern wir als CDU-CSU Fraktion in unserem Antrag, den Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie.

Entgegen der Ankündigung der Regierung steht ein Bürokratieentlastungsgesetz weiterhin aus. Wir fordern unter anderem die Meldepflichten zu reduzieren, Aufbewahrungsfristen zu verkürzen und Behördengänge schneller zu digitalisieren. Zudem wollen wir Umsatzsteuergrenzen anpassen, Unternehmensnachfolgen erleichtern und die Vertrauensarbeitszeit weiterhin erlauben. So wirkt auch Bürokratieabbau als Konjunkturpaket.



Rainer trifft...



... eine BPA Gruppe aus dem Wahlkreis

Ich habe mich sehr gefreut wieder eine Gruppe politisch interessierter Bürger auf ihrer Berlinreise gemeinsam mit dem Bundespresseamt im Reichstag begrüßen zu können.



... Frau Natalie Toms, Leiterin der Wirtschaftsabteilung der Britischen Botschaft

Auch das freundliche und informative Gespräch mit Frau Natalie Toms, der Leiterin der Wirtschaftsabteilung der Britischen Botschaft in Berlin, war eine Bereicherung.



... Clemens Koch und André Brose von PWC

Über den spannenden Austausch mit Herrn Clemens Koch und Herrn André Brose von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers habe ich mich sehr gefreut.



... den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Dr. Joachim Nagel

Im Rahmen eines Geldpolitischen Dialogs im Bundestag mit unterschiedlichen Ausschüssen konnte ich einem sehr interessanten Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Dr. Joachim Nagel, beiwohnen.



Rainer trifft...



... eine Schülergruppe der Nardini Realschule Mallersdorf

Ich freue mich immer besonders Schülergruppen aus der Heimat für ein Gespräch im Bundestag in Berlin zu treffen. Gerade die Perspektive von jungen Generationen auf die Politik ist für mich sehr bereichernd.



... Karsten Eichner und Thomas Eismar von der R+V Versicherungsgruppe

Das Gespräch mit Herrn Karsten Eichner und Herrn Thomas Eismar von der R+V Versicherungsgruppe war spannend und wertvoll.



... Johanna Jobst, Teilnehmerin des Girls Day aus Straubing

Vor ein paar Wochen hatte ich über den GirlsDay der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag berichtet und es war für mich eine große Freude, dass Johanna Jobst aus Straubing als Teilnehmerin der Veranstaltung nach Berlin gekommen ist.



Für Sie erreichbar:

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420

E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail:
alois.rainer.wk@bundestag.de